

6 Strategische Suchprozesse und neoliberale Rückeroberungen

In der durch die transatlantische Finanz- und europäische Bankenkrise dominierten Krisenphase sei der Eindruck entstanden, »als könnte der marktliberale Charakter der europäischen Wirtschaftsverfassung überwunden oder zumindest transformiert werden«, so Bieling (2013b, 53f.). Ausdruck findet dies unter anderem durch den ausgeweiteten staatlichen Interventionismus, der die Politik zur Bewältigung der Finanz- und Bankenkrise und der sich anschließenden allgemeinen Wirtschaftskrise prägte (Bankenrettungen, Konjunkturprogramme, Re-Regulierungsbemühungen der G20 etc.). Die Infragestellung des Neoliberalismus und seines neoklassischen und angebotsökonomischen Ökonomieverständnisses ist dabei insgesamt ein früh sichtbares Krisenphänomen (vgl. u.a. Demirović 2009, 23; Brand 2011, 45; Bieling 2009b, 41; Horn 2016, 101). So rief beispielsweise der Spiegel (31.05.2009) bereits das »Ende des Neoliberalismus« aus und sprach von einer einsetzenden »Konterrevolution im Klassenkampf«. Aber nicht nur kritische Wissenschaftler*innen und Journalist*innen fragten nach dem Ende des Neoliberalismus, sondern selbst in konservativ-neoliberalen Feuilletons wurde diskutiert, ob sich der Neoliberalismus mit der Krise erledigt habe (vgl. Oberndorfer 2012a, 49f.). Die Finanz- und Bankenkrise schien die Vorherrschaft neoliberaler Wirtschaftsparadigmen und ihrer allgemein-politischen Leitbilder zu durchbrechen. Der »Krisenkeynesianismus« (Decker & Sablowski 2017, 23ff.) jener Zeit spricht hierfür eigene Bände. Der grundsätzliche Dissens zwischen neoklassischer und keynesianischer Ökonomik wurde nicht nur in der Wirtschaftswissenschaft oder unter staatlichen Akteur*innen ausgetragen, sondern fand einen Resonanzboden in zivilgesellschaftlichen Diskursen (vgl. Horn 2016, 102). Im Konkreten wird hierbei um Formen des staatlichen Interventionismus miteinander gerungen (vgl. bspw. Brand 2009c, 96; Bieling 2009b). In den gesellschaftlichen Diskursen schien es, »als würde eine neue, sozial und ökologisch orientierte Konzeption des Staatsinterventionismus an Zustimmung gewinnen« (Bieling 2009a, 53). Die Vertreter*innen einer solchen Konzeption konnten

»überzeugend darlegen, dass die Finanzblase durch die wirtschaftsliberale Strategie, genauer: durch die Liberalisierung und Deregulierung der Wirtschaftsbeziehungen, die Genese eines »Kasino-Kapitalismus«, die Demontage des öffentlichen Sektors und

die enorme Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums erst ermöglicht worden war« (ebd.).

Der neoliberale Gegenpol ›marktliberaler Orthodoxie‹ wirkte demgegenüber aufgrund der Erfahrungen der transatlantischen Finanzkrise in den gesellschaftlichen Diskursen marginalisiert – ihre Akteur*innen wurden von der Krise kalt erwischt und waren im ersten Moment »sprachlos« (ebd.). Ebenso erschien »das neoliberale Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Marktes erschüttert und die damit verbundene Ideologie gesellschaftspolitisch erledigt« (Brand 2009c, 96). Verschärfend kamen die einsetzenden Krisenphänomene der Euro-Krise hinzu, die als Funktionskrise der neoliberalen EWWU das neoliberale Hegemonieprojekt weiter unter Druck setzte. Es schien, als komme »[d]ie hegemoniale Phase des Neoliberalismus [...] nun auch im imperialen Zentrum an ihr Ende« (Oberndorfer 2012a, 51).

Die ökonomische und politische Krisenkaskade stellte vor diesem Hintergrund eine besondere strategische Herausforderung der Akteur*innen des neoliberalen Hegemonieprojekts dar und eröffnete ein Möglichkeitsfenster für alternative Projekte im Ringen um Hegemonie. Es sind die aus den Krisen erwachsenen Suchprozesse nach einer Krisenbewältigungsstrategie, die letztlich auch Veränderungen in den Hegemonieverhältnissen markieren. Die ›Infragestellung des Neoliberalismus‹ ist dabei diskursiv eng mit den beiden sozialen Hegemonieprojekten (vgl. Kapitel 4) verbunden, wobei das proeuropäisch-soziale Hegemonieprojekt in jener Zeit eine besondere Anschlussfähigkeit aufwies (vgl. Bieling 2009a, 53). Für dieses Projekt stellte die aus der transatlantischen Finanz- und der europäischen Bankenkrise erwachsene Euro-Krise nicht weniger als »eine historische Gelegenheit [...] dar« (Buckel et al. 2012, 38), um selbst eine hegemoniale Stellung einzunehmen. Die Akteur*innen des proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekts stehen hierbei für den Ausbau interventionistischer Politikarrangements, die sich am Leitbild des sozialen Europas orientieren, und standen der ab 2009/2010 zunehmend aufkommenden Fokussierung auf die Thematik der Staatsschulden oppositionell gegenüber (vgl. bspw. Busch et al. 2017). Als Reaktion auf die sich zuspitzenden Refinanzierungskonditionen schlugen sie unter anderem Instrumente zur Schuldvergemeinschaftung (bspw. Eurobonds oder Schuldentilgungsfonds) und den Aufbau einer Fiskalkapazität für die Eurozone/die EU vor (vgl. Buckel et al. 2012, 39), um hierüber nicht zuletzt auch die sozialen Krisenfolgen, die bereits im Laufe der transatlantischen Finanzmarkt- und der europäischen Bankenkrise sichtbar wurden, abzumildern und neue Wachstumsimpulse zu setzen. Die Argumentation des proeuropäisch-sozialen Projekts basierte dabei auf der Annahme, dass ›das eigentliche Problem‹, das in der Krise sichtbar werde, »in einer ungleichen Entwicklung Europas« (ebd., 38) – also dem diagnostizierten Divergenzprozess – bestünde. Insofern greifen die Akteur*innen des proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekts auch die Diagnose einer Funktionskrise der neoliberalen EWWU zentral auf und formulierten ausgehend hiervon Ansätze zur Krisenbewältigung. Im Kanon mit eingeforderten Umverteilungspolitiken (vgl. ebd.) stehen sie dabei wirtschaftspolitisch für eine starke (Re-)Regulierung der (Finanz-)Märkte – wie sie im Laufe der Finanzkrise von der G20 andiskutiert wurde – und votieren beispielsweise für eine europäische Arbeitsmarktpolitik, die sich insbesondere in einer stärkeren Lohnkoordinierung niederschlagen sollte, um die krisenverschärfende

Lohnsenkungsspirale Angebotsökonomischer Politiken zu beenden (vgl. u.a. Flassbeck & Lapavistas 2015b; Busch & Hirschel 2012). Grundsätzlich gilt für das Hegemonieprojekt, dass es

»infolge der neoliberalen Umbaumaßnahmen des europäischen Sozialmodells als Strategie auf mehr Europäisierung [setzt] und [...] von Teilen der europäischen Gewerkschaften, der sozialdemokratischen Parteien, der Arbeitnehmerflügel innerhalb bürgerlicher Parteien und deren »organische Intellektuelle« (europäische Föderalisten) wie bspw. Jürgen Habermas getragen [wird].« (Kannankulam 2013, 24)

Hierbei verfügt das proeuropäisch-soziale Projekt

»über ein eigenes, durch einen klaren Bruch von allen anderen Projekten abgegrenztes, hegemoniefähiges Projekt, das allerdings aufgrund der ökonomischen und institutionellen Schwächung seiner Akteur_innen nicht in gleicher Weise schlagkräftig ist wie die neoliberalen Akteure.« (Buckel et al. 2012, 40)

Überdies bestehen Anknüpfungspunkte zwischen dem proeuropäisch-sozialen und dem linksliberal-alternativen Hegemonieprojekt, wenn es beispielsweise um ein Werben um »politische Lösungen«, verstanden als Integrationsvertiefung im Sinne eines (Kapazitäts-)Ausbaus der EU-Staatlichkeit, geht. So fordern linksliberal-alternative Akteur*innen Schritte zur weiteren Föderalisierung der EU (vgl. ebd., 40f.), wobei allerdings

»[d]ie fehlende ökonomische Kompetenz dieses Projekts [...] seine zentrale Schwäche [ist], da ein föderales Europa in der Krise nur dann eine Chance auf Realisierung hat, wenn es zugleich eine überzeugende Antwort auf die Fakten schaffenden Strategien der europäischen neoliberalen Eliten hat.« (Ebd., 41)

Die neoliberalen Eliten aber wiederum waren seit der aufkommenden Krisenkaskade seit 2007 selber uneins über die notwendigen Schritte zur Krisenbewältigung. Es offenbarte sich schließlich beim neoliberalen Hegemonieprojekt aufgrund eines »Auseinanderdriftens verschiedener, zum Teil unvereinbarer Strategien« im Inneren des Projekts nicht weniger als die Auflösung als ein einheitliches Hegemonieprojekt, so Buckel et al. (2012, 31). Es lassen sich demnach unterschiedliche strategische Suchprozesse im neoliberalen Hegemonieprojekt identifizieren, die sich anhand dreier divergierender strategischer Verortungen explizieren lassen. Eine *moderat-neoliberale Fraktion*¹ vertritt hierbei eine in den Ansätzen dem proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekt ähnliche Positionierung in Bezug auf die (Re-)Regulierung der Märkte und den »moderaten« Ausbau europäischer Interventionskapazitäten, einschließlich des Aufbaus fiskalischer Komponenten (vgl. ebd.; Georgi & Kannankulam 2012, 11). Der moderat-neoliberalen Fraktion lassen sich jene gesellschaftlichen Kräfte zuordnen,

»die u.a. durch jene Flügel innerhalb sozialdemokratischer und grüner Parteien repräsentiert werden, die weiterhin auf einer markt-orientierten, letztlich neoliberalen

1 Buckel et al. (2012, 31f.) sprechen in diesem Kontext von einer »proeuropäisch-neoliberalen Strategie«; Georgi & Kannankulam (2012, 11; 2015) von der »neoliberalen Reregulierungs-Fraktion«.

Grundlage operieren wollen, aber auf dieser Grundlage zu einer weitergehenden Regulation bereit sind als andere Fraktionen des neoliberalen Hegemonieprojekts.« (Georgi & Kannankulam 2012, 11).

Neben diesen moderaten Kräften innerhalb des neoliberalen Hegemonieprojekts, die sich klar einer proeuropäischen Orientierung zuschreiben lassen und zugleich auf die gesellschaftlichen Diskurse in Zeiten der Finanzkrise in ihren strategischen Verortungen Bezug nahmen, findet sich eine weitere, proeuropäisch ausgerichtete Fraktion, die allerdings weitaus stärker zu einem ›Autoritarismus‹ neigt. Eine »*autoritär-neoliberale Strategie* verfolgen vor allem die deutsche Exportindustrie sowie die Transnationalen Konzerne, die im European Round Table of Industrialists und BusinessEurope organisiert sind.« (Ebd.; vgl. Babic 2019; Konecny 2012; Herv. J. G.) Die Strategie dieser Akteur*innen

»gründet sich auf eine Rationalität, welche die EU-Integration seit Jahrzehnten vorantreibt: Europäischer Binnenmarkt als Absatzmarkt und Block in der Weltkonkurrenz; gemeinsame Währung zur Ausschaltung von Währungsschwankungen und Handelsförderung; EU-vermittelte Strukturreformen.« (Georgi & Kannankulam 2012, 10)

Als dritte Fraktionierung innerhalb des neoliberalen Hegemonieprojekts lassen sich Akteur*innen beschreiben, die sich einer *national-orthodox-neoliberalen Strategie* zuordnen. Eine solche auf das nationale Scale fokussierte Strategie zeichnet »sich im Wesentlichen durch eine radikale Ablehnung proeuropäischer Krisenlösungen aus.« (Buckel et al. 2012, 34). Akteur*innen dieser neoliberalen Strömung sind dabei insbesondere in den sogenannten Zentrumsstaaten beziehungsweise den nördlichen Euroländern präsent (vgl. ebd.; Georgi & Kannankulam 2012, 9). Ähnlich wie im Falle der moderat-neoliberalen Strategie, in der Anknüpfungspunkte zum proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekt angelegt sind, finden sich in der orthodox-neoliberalen Strömung Verbindungslinien zum national-konservativen Hegemonieprojekt, das zu Beginn der transatlantischen Finanzkrise ähnlich wie das neoliberale Hegemonieprojekt »massiv in die Krise geraten« (Buckel et al. 2012, 37) war. Grundlage hierfür war ebenso wie beim national-sozialen Hegemonieprojekt, dass die aufkommenden Krisenerscheinungen aufgrund ihrer europäischen (Banken- und Euro-Krise) beziehungsweise transatlantischen/globalen Reichweite (Finanzkrise) im ersten Moment eine Problemlösung auf übergeordneten Ebenen evozierten, die die Formulierung anschlussfähiger Strategien im Rahmen dieser beiden, auf die mitgliedstaatliche Ebene fokussierenden, Hegemonieprojekte erschwerte.

6.1 Die Umdeutung zur Staatsschuldenkrise als erstes strategisch-diskursives Moment neoliberaler Rückeroberung

Die ersten Reaktionen auf die Fiskalproblematiken in Griechenland im Herbst 2009 bestanden auf europäischer Seite aus der öffentlichen Beschwörung der griechischen Eigenverantwortung zur Lösung der Refinanzierungsprobleme und einem immer stärker aufgebauten Druck gegenüber Griechenland, »seine Angelegenheiten in Ordnung